

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung  
Gesellschaft 9-5 Uhr  
Verleger: Dornwirts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Bewerkschaften und Wirtschaftsnot.

### Gemeinsame Ausschussführung der drei Spitzenverbände.

Die Bundesausschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, traten heute vormittag zum erstenmal im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrates zu einer gemeinsamen Tagung zusammen, um zu der gegenwärtigen bedrohlichen Lage unseres Volkes Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Genossen Tarnow, Verbandsvorsitzender der Holzarbeiter, über „Wirtschaft und Ernährung“, und ein Referat des Genossen Schweiher, Bundvorsitzender der technischen Angestellten, über „Finanz- und Währungsreform“.

In folgender Entschliessung wurden die Leitgedanken der Tagung zusammengefasst:  
Im Namen des arbeitenden Volkes erklären die versammelten Ausschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, daß die Not der breiten Massen einen Grad erreicht hat, der nicht mehr ertragen werden kann. Große Massen Arbeiter und Kurzarbeiter sind der Verzweiflung überliefert. Die Löhne der noch Arbeitenden sind auf ein Maß herabgedrückt, das zum nackten Leben nicht mehr ausreicht. In welchen Taumel überstürzen sich die Preise und überschreiten den Weltmarktstand. Die völlige Desorganisation der Wirtschaft stürzt das deutsche Volk in den Abgrund. Unverantwortliche Kräfte sind offen und verächtlich am Werke, um die Republik zu zerschlagen, die Reichseinheit zu zerstören und die

wirtschaftliche und politische Diktatur gegen die Mehrheit des Volkes zu errichten.  
Nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen können den völligen Zusammenbruch verhindern. Die Ordnung der Währung und der Staatsfinanzen, die nicht möglich ist ohne Zwangsoffer des Volkes, muß sofort herbeigeführt werden. Nur auf der Grundlage einer festen Währung kann auch die allgemein als notwendig anerkannte höhere Leistung des Produktionsapparates — unter Ausschaltung aller parasitären Wucherungen, die heute am Ertrag der nationalen Arbeit zehren — erreicht werden. Die Bundesausschüsse fordern deshalb die

schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung für das ganze Volk, nachdem Industrie und Großhandel sie für sich längst eingeführt haben. Eine Zwischenlösung ist für die Arbeitnehmer nur tragbar, wenn damit gleichzeitig der Zustand beseitigt wird, daß die Warenpreise nach einer festen Goldwährung berechnet die Löhne und Gehälter aber in einer Währung bezahlt werden, deren Kaufkraft täglich und stündlich sinkt. Unverzugsweise müssen Preise und Löhne auf die gleiche feste Währungsbasis gestellt werden.

Die Wertbeständigkeit der neuen Währung kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, in kürzester Zeit die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und die Rentenpresse stillzulegen. Rückstufende finanzpolitische Maßnahmen sind dazu erforderlich. Es genügt nicht, bestehende Steuern wertbeständig einzuheben, vielmehr müssen

weitere starke Abgaben vom Besitz erhoben werden. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderung, zu diesem Zweck eine Erfassung von Sachwerten und die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Wirtschaft durchzuführen.

Die Versammelten sind sich bewußt, daß eine dauernde Stabilisierung der Währung und Ordnung der öffentlichen Finanzen nicht erreicht werden kann ohne eine Befreiung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften verfolgen sich nicht der Mitwirkung bei der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation. Dem entgegen steht aber der Egoismus des Unternehmertums, der sich auswirkt in maßlosen Preisausschreitungen und seinen sinnfälligsten Ausdruck gefunden hat in der

schamlosen Preisdiktatur der Kartelle.  
Die rücksichtslose Zerschlagung dieser gegen das Gemeinwohl gerichteten privaten Zwangswirtschaft, die Beschränkung des hemmungsfreien Gewinnraubes, die Erzwingung eines erheblichen Preisabbaus und damit Stärkung der Konsumkraft sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedergeburt. Die Unternehmer versuchen, die eigene Schuld und Unfähigkeit in der Führung der Wirtschaft zu verdecken hinter Angriffe auf die Arbeitnehmerschaft und den Wirtschaftsentag. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft steht dem Versuch, den

geheulichen Wirtschaftsentag zu beseitigen, nach wie vor entschlossenen Widerstand entgegen in der Gewißheit, daß bei einer vernünftigen Ordnung der Wirtschaft im Rahmen des Wirtschaftsentages eine ausreichende Produktion möglich ist. Soweit an einzelnen Stellen der Wirtschaft Überzeitarbeit notwendig ist, sind die Gewerkschaften bereit, darüber tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Im Namen der hungernden Massen fordern die Gewerkschaften von der Regierung sofortige Maßnahmen zur

Beseitigung der Lebensmittelnot.  
Alle Mittel der Staatsgewalt müssen eingesetzt werden, um zu verhindern, daß das Volk bei vollen Scheunen verhungert. Erfassung der Ernte, schärfste Strafen für Zurückhaltung und Wucher

mit Lebensmitteln müssen unverzüglich angeordnet werden, um ausreichende Mengen Lebensmittel zu angemessenen Preisen auf den Markt zu bringen. Um vor Eintritt der Frostperiode die Eindeckung mit Wintervorräten zu ermöglichen, fordern die Gewerkschaften Kreditabkommen mit solidarischer Haftung des industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Besitzes.

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft richten die Versammelten die Mahnung zur Besonnenheit, Einigkeit und Disziplin. Der politische, wirtschaftliche und soziale Generalangriff gegen die Arbeitnehmerschaft kann erfolgreich nur abgewehrt werden durch deren geschlossene Front. Der von den drei Spitzenverbänden eingesetzte Aktionsausschuss übernimmt die Führung dieses Abwehrkampfes.

Den Vorsitz der Versammlung übernahmen die drei Vorsitzenden der Spitzenorganisationen, Leipart vom ADGB, Aufhäuser vom IFA-Bund und Falkenberg vom IAB.

Leipart eröffnete die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, in der er betonte, daß die Vertretung der Regierung nicht ganz den Wünschen der Gewerkschaften entspreche, da

keiner der Minister selbst erschienen sei. Immerhin habe der Reichsarbeitsminister noch sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Leipart wies darauf hin, daß die Tagung in einer furchtbar ernstlichen Stunde stattfindet. Die Aufgaben der Gewerkschaften seien zweifacher Art: sie wollen an die Regierungen und an die gesamte Öffentlichkeit Worte der Mahnung, an ihre Mitglieder und auch an die Regierung Worte der Ermunterung und Stärkung hinausbringen lassen. Wenn auch die Regierung in ihrer Gesamtheit zweifellos über die Lage des Volkes genügend informiert sei, so sei es doch nicht überflüssig, wenn aus dem Munde der Vertreter der großen Spitzenorganisationen die Lage noch einmal geschildert würde. Diese Gewerkschaftsführer dürften sich nicht mit den Interessentenverbänden vergleichen werden, wie sie täglich an die Regierung heranträten. Die Gewerkschaften, die manchmal in schwierigen Augenblicken von der Regierung berufen und auch stets eingelassungen sind, seien dazu auch heute bereit. Sie seien

überzeugt, daß die Regierung den guten Willen habe, die Schwierigkeiten zu meistern. Immerhin wäre es zweifellos möglich gewesen, aus der Fülle der Vorschläge der Gewerkschaften manches frühzeitiger herauszugreifen, als es geschehen sei. „Wir stellen uns der Regierung zur Verfügung“, so erklärte Leipart, „um sie zu stützen, soweit das mit unseren schwachen Kräften möglich ist. In unsere Mitglieder aber richten wir die Mahnung, nicht ungeduldig zu werden, obgleich diese Ungeduld berechtigt ist, und nicht den Ständen an den guten Willen der Gewerkschaften zu verlieren. Es herrscht eine große Unzufriedenheit in den Reihen unserer Mitglieder. Man macht den Führern den Vorwurf, daß sie nicht den genügenden Einfluß gewonnen hätten. Aber es ist in der letzten Zeit den Gewerkschaften eine Macht zugewachsen und es sind daraus Erwartungen gezogen worden, die weit über das Maß hinausgegangen sind. Trotz der Zahl unserer Mitglieder hat die Macht der Gewerkschaften ihre Grenzen. Wir wollen nicht die Politik beherrschen oder die politischen Parteien verdrängen, wir haben auch nie eine Nebenregierung der Gewerkschaften aufrichten wollen. In der Begrenzung aber haben wir getan, was möglich ist, das soll man bei aller Kritik auch anerkennen.“

Als erster der beiden Referenten ergriff dann für den ADGB der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes

Genosse Fritz Tarnow das Wort, um sich mit der Wirtschaft und Ernährungslage zu beschäftigen. Er betonte einleitend, daß die jetzigen Verhältnisse die Grenze des Erträglichen bei weitem übersteigen. Niemals seien die breiten Massen so von altem Lebensnotwendigen entblößt gewesen wie jetzt. Hinter den sich überschlagenden Preisen trächen

### Steigende Kurse.

Die Börse betrachtet die Währungsverordnungen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte, daß mit der Herausgabe größerer Mengen wertbeständiger Zahlungsmittel ein starker Druck auf den Kurs der Papiermark ausgeübt und überhaupt inflatorische Wirkungen im großen Maße hervorgerufen werden könnten. Dementsprechend war man heute für Devisen wieder sehr fest gestimmt. Auch für Dollaranleihen zeigte sich ungewöhnlich starke Nachfrage, während das Geschäft in Goldanleihe wieder sehr zurückblieb. Selbstverständlich übten die aus allen Teilen des Reiches in den letzten Tagen gemeldeten Steuerungs- und Erwerbslosenstrawalle auch einen ungünstigen Einfluß auf die Beurteilung der Mark aus. Der Dollar, der vormittags noch mit 8 Milliarden genannt wurde, stellte sich unmittelbar vor der amtlichen Notierung bereits auf 5,7 bis 5,8 Milliarden.

An der Effektenbörse vollzieht sich ein allmählicher Umwertungsprozess. Bei bedeutenden Umsätzen waren heute wieder auf der ganzen Linie Verdoppelungen und Verdreifachungen der Kurse zu verzeichnen. Auch diese Bewegung gründet sich auf die eingangs erwähnte Beurteilung der Rentenmarkmission. Die Geldmarktverhältnisse haben sich nicht verändert; es herrscht noch immer eine fühlbare Anspannung.

die Löhne im Schneltempo hinterdrein. Dieser Zustand müsse die Massen zur Verzweiflung treiben. Die Hungerrevolten der letzten Tage seien nur ein Anfang und würden sich, wenn nicht bald Abhilfe komme, zu einer Hungerrolle größten Stils mit ihren größten inner- und außenpolitischen Folgen auswachen. Angesichts dieses Chaos müsse man die Frage nach der Verantwortlichkeit für diesen Zusammenbruch stellen. Die Gewerkschaften hätten die Mitverantwortung für die Führung der Wirtschaft abgelehnt, sie seien aber mit ihren Forderungen nicht durchgedrungen, die Wirtschaft sei frei geblieben. Die Folge davon sei die Tatsache, daß sie immer tiefer in den Abgrund gelaufen sei. Deshalb müssen die Gewerkschaften heute auch die Verantwortung für diese Zustände ruhig ablehnen. Die Industriekapitäne bis zum letzten Handwerksunteroffizier haben in der Führung der Wirtschaft versagt!

Statt des organischen Zusammenwirkens der Wirtschaft ist eine völlige Desorganisation eingetreten, ein Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen Interessengruppen. Betrug, Schwindel, Nepp, Erpressung, das sind die Uberschriften, mit denen man sich heute gegenseitig sein Geschäftsgebaren bescheinigt, die Wirtschaft geht dabei zugrunde und die Massen hungern. Aber anstatt ihr Verlangen zuzugeben, machen jetzt die Arbeitgeber die Arbeiter für den Zusammenbruch der Wirtschaft verantwortlich. Die hohen Löhne und die verringerte Arbeitszeit sollen die Schuld tragen.

An Hand statistischer Unterlagen weist der Redner dann nach, daß der angeblich so hohe Lohn der Arbeiterschaft weit vom Reallohn der Vorkriegszeit, wie auch vom sogenannten Goldlohn entfernt sei. In der ganzen Welt gäbe es keine Arbeiterschaft, die auf einer so tiefen Stufe des Reallohns stände, wie die deutsche Arbeiterschaft. Der Redner führte als Beispiel die Löhne der Holzarbeiter in der Provinz Brandenburg an, die in der letzten Woche einen

Lohn von einer Milliarde gleich zwei Broten erhalten haben. Weiter beschäftigte sich der Redner mit der Frage der Arbeitszeit.

Unbestritten sei die Gesamtleistung der Wirtschaft zurückgegangen, aber dabei sei noch nicht die Hälfte der Arbeitszeit, wie die Arbeiter freiwillig zugelassen wollten, heute voll ausgenutzt. Die Gewerkschaften hätten selbst das größte Interesse daran, daß die Produktion auf das höchst mögliche Maß gebracht wird. Zur

Frage der Arbeitszeit führte der Redner weiter aus, daß in einer schlechten Wirtschaft kein guter Reallohn vorhanden sein kann. Deshalb sei es nötig, die Wirtschaft so auszugestalten, daß sie ihren sozialen und anderen Verpflichtungen nachkommen könne. Die Gewerkschaften müßten sich jedoch gegen den Vorwurf verwahren, daß eine Minderleistung der Arbeiter den wirtschaftlichen Rückgang verursucht habe. Untersuchungen auch von neutraler Seite hätten gezeigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intensivierung der Arbeit aufgeholt und sogar überschritten worden sei. Bewundernswürdig wäre es nicht, wenn in diesen Zeiten der Not Arbeiter mit ihrem

Einkommen von 3 bis 4 Goldmark nicht mehr imstande seien, die alten Leistungen zu erzielen. Es müsse betont werden, daß vor allem die Arbeitgeber sich von der Produktion abgewandt und dafür der Spekulation sich zugewandt hätten, durch die viel reichere Gewinne zu erzielen seien. Auch andere Gründe für den Rückgang der Produktion seien maßgebend, so die unfruchtbare, täglich sich wiederholende Arbeit der Kalkulation und Fakturierung bei jeder Schwankung der verfallenen Währung. Notwendig sei die

Umgruppierung der Erwerbsfähigen und notwendig Hilfe für alle die, die ihre Arbeit vergeblich anbieten. Diesen Standpunkt müssen die Gewerkschaften besonders betonen, wie gegenüber der Einstellung des Unternehmertums, das die Kräfte der Bevölkerung anheimfallen lassen will, die sich augenblicklich nicht in den Produktionsprozess einleiten lassen. Die Regierung, so erklärte der Redner, scheint sich diesen Reizungen der Arbeitgeber nicht entgegenstellen zu wollen. (Zuruf: Das ist so!) Wir warnen die Regierung, auf diesem Wege fortzufahren und die Regeln der wirtschaftlichen Vernunft außer acht zu lassen. Während früher es wirtschaftliche Vernunft war, möglichst viel zu produzieren, ist es heute für den Arbeitgeber profitabler, seinen Betrieb zu schließen und damit der Substanzverminderung vorzubeugen. Wir lehnen es nicht ab, dort, wo keine anderen Möglichkeiten der Produktionssteigerung vorhanden sind, einer Arbeitserhöhung zuzustimmen. Aber die Arbeiter müssen dem freiwillig beipflichten. Ob es Herrn Stimms mit einer diktorisch längeren Arbeitszeit auch gelingen wird, die Leistung herauszufehen, ist eine Frage, die seine Arbeiter beantworten müssen, und sie werden es sicherlich so tun, daß auch Herr Stimms auf den Boden zur wirtschaftlichen Vernunft zurückfindet. Der Ruf nach verlängerter Arbeitszeit, den man bis in die Reihen des sonst ganz vernünftigen Bürgertums findet, bedeutet eine Gefahr für die Arbeiterschaft. Notwendig ist, die Kaufkraft der Masse zu heben. Die neue Währung bringt uns noch keine neue Lohnregulierung; dazu brauchen wir die Hilfe der Regierung. (Lachen.)

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

## Die Unruhwelle.

Die gestrigen Zusammenstöße in Berlin sind offensichtlich nur ein Teil der sozialen Unrast, die wieder einmal, wie schon so oft, durch das Land geht. In allen Städten, wo die Hunderttausende durch Wirtschaftskatastrophe, durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter der zermürbenden Peitsche eines rasenden Währungsverfalls Entschliches durchmachen müssen, mehrt sich die Unrast. Es hat wenig Zweck, gegenüber der Not des Volkes auf Kommunisten zu schimpfen und von Drahtziehern zu reden. Selbstverständlich benutzen die Kommunisten die Not des Volkes für ihre politischen Zwecke, organisieren sie und arrangieren sie nach Kräften Demonstrationen und suchen die Verbitterung zu schüren. Das ist ihr Beruf, und sie leugnen auch gar nicht, daß sie dieser Arbeit mit Eifer und Hingebung dienen. Aber all ihre wühlende, aufreizende, planmäßig organisierende Tätigkeit könnte niemals Tausende und Abertausende in Bewegung bringen, die Straßen mit Hungernden füllen. Vielmehr ist es umgekehrt. Daß nicht schon in ganz anderem Ausmaß als bisher gemeldet wurde, die Arbeitermassen zu rebellieren beginnen, ist ein Zeichen der bewundernswerten Disziplin und Selbstbeherrschung, des letzten Endes geringen Einflusses, den die kommunistische Agitation allein auf die Massen hat. Währungsverfall und Wirtschaftskrise steigern die Not in einem Ausmaß, daß die besonnensten Arbeiter die Geduld zu verlieren drohen. Wenn eines aus den Vorgängen dieser Tage für die verantwortlichen Regierungen zu lernen ist, dann das eine, daß übermenschliche Anstrengungen der Regierung notwendig sind, um mit allen Mitteln des wirtschaftlichen Verfalls und des Elends Herr zu werden. Der Reichstag hat dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Die Arbeiterschaft erwartet, daß auf Grund dieses Gesetzes gearbeitet wird. Es gibt für Deutschland als einheitliche Republik jetzt in zwölfter Stunde nur noch eine Möglichkeit, daß diese Regierung durch Taten beweist, daß sie den Willen und die Fähigkeit besitzt, die Schwierigkeiten zu meistern, die einer Rückkehr zu gesunden und leidlich normalen Wirtschafts- und Arbeitsverhältnissen außen- und innenpolitisch entgegenstehen.

Der Abbau der Kohlenpreise war ein wenn auch bescheidener und zweifellos unzureichender, so doch immerhin erfreulicher Anfang. Noch hat man nichts davon gespürt, daß er in der Preispolitik anderer Wirtschaftskreise zum Ausdruck käme. Der Kanzler Stresemann hat deutliche Worte für den wucherischen Druck der Kartelle und Syndikate gefunden. Wann folgen diesen Worten die Taten? Die Rückkehr zu normaleren Währungsverhältnissen muß unter allen Umständen die unerträgliche, die ganze Wirtschaft zerschlagende Preispolitik der Erzeugerkonglomerate an den Angeln heben, wenn die deutsche Wirtschaft überhaupt konkurrenz- und leistungsfähig bleiben und die Arbeiterschaft nicht restlos zermürbt werden soll. Noch kann die Regierung arbeiten und noch sind Erfolge nicht unmöglich. Das Volk wartet auf Taten.

## Die Zusammenstöße im Reich.

Die Teuerungsunruhen nahmen auch am Dienstag ihren Fortgang. Weitere Plünderungen werden aus Köln gemeldet. Im Ruhrgebiet ziehen Notbedürftige zum Teil in größeren Verbänden auf die Felder, um Kartoffeln zu graben. Die Polizei ist der Bewegung gegenüber machtlos. An einigen Orten kam es zu Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Bauern, die sich bereit erklärten, überschüssige Kartoffeln den Kommunalverbänden zur Verfügung zu stellen, wenn die Arbeiter den Feldschutz garantieren. In Rannheim haben die Demonstrationen bösartigen Charakter angenommen. Bei einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei wurde ein Polizist getötet, ein Beamter schwer verletzt. Leipzig stand auch am Dienstag unter dem Zeichen von dauernden Zusammenrottungen, jedoch konnte Unheil verhindert werden. Die Geschäfte hatten zum Teil geschlossen. In Hannover konnte eine Zusammenrottung friedlich auseinandergebracht werden. Auch Ostpreußen bleibt von der Unruhwelle nicht verschont. Rund-

gebungen werden aus Braunsberg, Preußisch-Eylau und Ortelsburg gemeldet. Ersteren Charakter nahmen die Bewegungen jedoch nicht an. An vielen Orten wurden Räubersführer, wie es heißt, großenteils Kommunisten, festgenommen.

Die Meldungen lassen erkennen, wie notwendig es ist, zu stabileren Verhältnissen zu gelangen und zu verhindern, daß Arbeitslosigkeit da geschaffen wird, wo ein anderer Weg noch gangbar ist.

## Die Teuerung.

### Maßnahmen gegen die Brotverteuerung.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Der Abbau der Warenbrotperteuerung bedeutet eine fühlbare Belastung gerade für die minderbemittelten Schichten. Um sie zu mildern, hat das Reichsarbeitsministerium eine Reihe ausgleichender Maßnahmen in die Wege geleitet. Im Bereich der Löhne wird die Brotverteuerung in dem Maß, wie sie den Lebenshaltungskosten beeinflusst, auf den üblichen Wegen ihren Ausgleich finden. In der Erwerbslosenunterstützung sind die Gemeinden angewiesen worden, am 16. Oktober den Erwerbslosen einen Vorschuß in Höhe des bisherigen Wochenbetrags auszuzahlen, wozu dann eine weitere Zahlung in der zweiten Wochenhälfte tritt. Auf diese Weise hofft man die Unterfügung der vermehrten Teuerung schneller anpassen zu können und wird dieses Verfahren zweimaliger Zahlungen in der Woche auch in Zukunft beibehalten. Den Vätern der Erwerbslosen werden die Mittel zur Verfügung gestellt, um die Bemessung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützungen für die zweite Oktoberhälfte nach der neuesten Reichszahl überall zu sichern. Den Sozial- und Kleinrentnern wird ferner am 22. Oktober eine weitere Unterfügung gewährt werden, wobei die am 18. Oktober veröffentlichte Reichszahl zugrunde gelegt wird. In der Unfallversicherung erhalten die zugerechneten Renteneinempfänger am Beginn der 4. Oktoberwoche durch die Post eine besondere Teuerungszulage zu der Rente, die am 15. Oktober für die zweite Oktoberhälfte gezahlt worden ist. Zugunsten der kinderreichen Familien sind vom Reichsfinanzministerium für die nächsten zehn Monate je eine Million Goldmark in Aussicht gestellt; für die Zeit vom 15. Oktober bis 15. November sind die Mittel in Goldanleihebücheln bereits an die Länder abgegangen. Die Kriegsbekleideten und Kriegerhinterbliebenen, die zum Bezug der Zulagen berechtigt sind, erhalten in dieser Woche eine an die Erhöhung der Beamtensoldatengeld angepaßte Zwischenzahlung.

## Zweiterlei Maß.

### Ein bürgerliches Urteil über den Belagerungszustand.

In Sachsen urteilt man offenbar auch in bürgerlichen Kreisen über das einseitige Vorgehen des Militärbefehlshabers wesentlich anders, als es nach der Berliner Presse den Anschein haben könnte. Sehr energisch weist z. B. das „Leipziger Tageblatt“ auf die unterschiedliche Behandlung Bayerns und Sachsens durch den Belagerungszustand hin, indem es schreibt:

Bisher aber hat man nichts davon gehört, daß z. B. die militärisch organisierten und bewaffneten Hitler-Banden in Bayern, die ganz offen als Feinde der republikanischen Verfassung auftreten, von einem Reichsbanner getroffen worden seien. Solange die auf Grund des Ausnahmezustandes waltenden Militärkommissare die nationalsozialistischen Kampfbünde unangestastet lassen, kann das Verbot der mit republikanischen Vorzeichen gebildeten Hundertschaften den höchst unerwünschten Eindruck erwecken, als ob die Militärgewalt die ihr verliehenen außerordentlichen Befugnisse vorzugsweise gegen Republikaner spielen lasse. Und dieser Eindruck wird verstärkt, wenn, wie die sächsische Regierung in ihrer Auseinandersetzung mit dem Militärbefehlshaber doch wohl nicht ohne triftige Beweise bemerkt, die von der Reichsregierung für die auf sächsischem Gebiet stehenden Truppenteile für nötig erachtete Aufstellung zum Teil aus Angehörigen rechtsradikaler Organisationen bestanden wird. Auf diese Weise kann zum mindesten der Anschein entstehen, als diene der Demokrat an der Spitze des Reichswehrministeriums nicht sowohl zur Verbürgerung republikanischer, als vielmehr zur Verhüllung antirepublikanischer Tendenzen.

Das demokratische Blatt betont, daß das zweierlei Maß gegenüber Sachsen und Bayern unbedingt die Regierungsautorität erschüttern müsse und befürchtet, daß das Verbot der Hundertschaften nur einen neuen Konflikt-

stoff zwischen dem Reich und Sachsen schaffen werden. Zu der Polemik der sächsischen Regierung gegen dieses Verbot schreibt das Blatt:

„Der polemischen Äußerung des Dresdener Kabinetts, die man in unserer heutigen Nummer findet, muß man das Lob angeheben lassen, daß sie sehr maßvoll gehalten ist. Das Bestreben, einen mit der Beilegung des Konflikts vereinbarten Ton anzuschlagen, ist offensichtlich. Andererseits ist zu hoffen, daß nicht die Furcht vor einem aus der Werkstätte der norrevolutionären Regierungskunst hervorgeholten „roten Gespenst“ sich auf der Seite der Reichsregierung als Hindernis einer unbefangenen Behandlung der sächsischen Angelegenheiten erweist. Die Tatsache, daß ein Demokrat Wehrminister ist, sollte in dieser Affäre endlich deutlicher in die Erscheinung treten.“

Die Ausführungen des demokratischen Leipziger Blattes sind so eindeutig in ihrer Kritik, daß ihr nichts hinzugefügt zu werden braucht. In der Tat schafft das Vorgehen der Reichswehr gegen republikanische Abwehrorganisationen in Verbindung mit der Schaffung von eigenen Referatsformationen aus rechtsradikalen Lagern eine unmögliche und unhaltbare Situation.

## Ein kompromittierter Reichswehroffizier.

Aus Baden wird uns geschrieben: Im Wiesental an der Schweizer Grenze erfolgte vor kurzem durch die Organe der badischen Regierung die Verhaftung einiger Nationalsozialisten, weil bei ihnen Waffen und Munitionsvorräte gefunden wurden. Unter den Verhafteten befand sich auch der Oberleutnant Dürrstein von der Reichswehr in Donaueschingen. Ihm konnte nachgewiesen werden und er hat es selbst zugestanden, daß er Munition an private Personen geliefert hat. Er gebrauchte bei seiner Vernehmung die merkwürdige Ausrede, er habe sich für berechtigt gehalten, an einzelne Unternehmer in Oberbaden Munition auszugeben. Als ob ein Reichswehroffizier auf Grund der Bestimmungen des Wehrgesetzes nicht wissen müsse, daß der nächste Schritt, falls die Sicherheit des Staates oder einer Gemeinde gefährdet ist, der wäre, sich an die Staats- oder Gemeindebehörden zu wenden.

Natürlich hat dieses Vorgehen des Oberleutnants Dürrstein, der doch zum Schutze des Staates da ist und nicht seinen geschworenen Gegnern Waffen zur Bekämpfung dieses Staates in die Hand geben soll, in der badischen Bevölkerung großes Aufsehen hervorgerufen. Es muß deshalb vom Reichswehrminister Helfer dringend verlangt werden, daß er schleunigst die Entlassung des Oberleutnants Dürrstein aus der Reichswehr verfügt. Unmöglich kann es geduldet werden, daß ein Reichswehroffizier in enger Verbindung mit den Nationalsozialisten und sonstigen staatsfeindlichen Elementen steht.

## „Sportklub Olympia.“

Gegen den Gruppenführer des „Sportklubs Olympia“, Major Schwenzel aus Tempelhof, wurde der Haftbefehl aufrechterhalten. Schwenzel wurde jedoch gegen Stellung einer Kaution auf freien Fuß gesetzt. Im übrigen beschäftigen sich jetzt die Gerichte mit dem gegen den „Sportklub Olympia“ vorliegenden Material, im wesentlichen auf gewisse militärische Aufzeichnungen, die die Beamten der Abteilung Ia bei der Turbulenz der Wohnung eines der Gruppenführer des Vereins gefunden haben. Angeblich soll es sich dabei aber um die Privatarbeit des betreffenden Herrn gehandelt haben.

Die Wahlaktive der französischen Kommunisten. Der Nationalrat der Kommunistischen Partei Frankreichs, der seit einigen Tagen in Paris tagt, hörte eine Rede von Cachin über die Wahlaktive an. Cachin lehnte den Eintritt der Kommunisten in den Einheitsblock ab und erklärte, die Kommunisten würden einen Block der Arbeiter und Bauern dem Einheitsblock entgegensetzen. Seine Partei sei jedoch bereit, mit den Sozialisten während der Wahl zusammenzugehen, sofern diese Partei es ablehne, mit dem Einheitsblock zusammenzugehen. Der Nationalrat stimmte den Ausführungen zu.

## Vor Ankauf wird gewarnt.

### Das Plakat.

Eine Brillantnadel wurde gestohlen. Jemandem, um wer spricht dem Wiederbringer 50 Dollar (in Währung oder ungerechnet = aufgepaßt Herr Dreizehnwächter!). Gleich unter der Beschriftung stehen Drohworte: „Vor Ankauf wird dringend gewarnt!“

Warum die Warnung? Der Käufer mag als „Okkasion“ die gestohlene Nadel für zehn Dollar erwerben und nach zufälligen Lesen dieses Plakates sofort zum wirklichen Besitzer der kostbaren Nadel gehen, um sich seine 50 Dollar zu holen.

Dann freut sich der Eigentümer, schüttelt dem Käufer bzw. Verkäufer seiner eigenen Nadel dankbar die Hand und die bitterböse Drohung „von wegen Ankauf“ fällt vergnügt ins Wasser.

Alle Teile sind befriedigt: der Dieb, der Hehler, der Besitzer, der Drucker des Plakates und der Steber . . . nur die Logik ist etwas verstimmt. . .

### Urkunden.

Im Stadtarchiv zu Norburg hatte ein Dieb sabelhaft gearbeitet. Ein gebildeter Herr muß dieser Herr Dieb gewesen sein. Vielleicht ein Akademiker, ein Geschichtsschreiber, ein Feinschmecker alter Reliquien. Wer kann das wissen?

Urkunden von Pigin, Karl dem Großen, Arnulf, Maginilian, ferner Briefe von Luther, von Gustav Adolf, Katharina II., von Cromwell und Robert Dudley.

Wo wandern alle diese unschätzbaren Briefe und Urkunden hin?

Nach Amerika! . . . Dori kauft sie ein Analphabet, weil er glaubt, dadurch ein berühmter Mann zu werden. Aber wenn er den Mund aufmacht — dann nimmt man an, daß es zu diplomatischen Konflikten kommen könnte.

Dafür aber fehlt uns heute die Stofkraft. Wir müssen schweigen. Das Porto ist zu teuer, das Menschenmaterial, die Zeit. Das wissen die Käufer . . . und sie sammeln weiter.

„Vor Ankauf des gestohlenen Gutes wird gewarnt!“ Wieder einmal . . . Was liegt dem Vollmond daran, wenn Wanka ihn anbittet?!

### Wucherkartoffeln.

Jemandem las ich es: „Wir warnen vor Ankauf der Kartoffeln zu Wucherpreisen!“ Eine Behörde warnte. Besser wäre es gewesen: „Wir warnen vor Wucherpreisen die Kartoffelverkäufer!“

Wer zufällig Hunger hat und die Kartoffel liebt, schämt und verehrt, kauft Kartoffeln, dann handeln kann man erst wieder, wenn die Goldmark gedruckt wird. Stabilit muß die Welt erst sein. Die Beamten der betreffenden Behörde werden aber ebenso diese

Wucherkartoffeln käuflich erwerben; ihre Frauen werden in der Schlange antreten und ruhig wie die Lämmer warten, bis der Wucherer sagt:

„Was wünschen Sie, junge Frau?“

„Kann ich zwanzig Pfund bekommen?“

Sie wird sehnsüchtig bitten und reizende Mäuschen machen. . .

Der Beamtengatte aber wird seine Kartoffeln begeistert verschlingen.

„Vor Ankauf wird gewarnt!“

Weshalb soll nicht auch einmal gewarnt werden? Dazu sind die herrlichen Kartoffeln da. Egon H. Straßburger.

## Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft.

Vor vier Jahren wurde in Kiel auf Anregung des bekannten Kieler Wirtschaftlers Prof. Bernhard Harms der Beschluß gefaßt, an Stelle der verschwundenen „Kieler Wochen“ des wühelminischen Deutschlands, die immer einen starken Fremdenverkehr zur Folge hatten, alljährlich eine „Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft“ abzuhalten. Die alte Universitätsstadt der Nordmark schien dazu besonders geeignet. Während der ersten drei Jahre ist auch tatsächlich ein lebhafter Verkehr nach Kiel ermöglicht worden. Nach im Vorjahre nahm der Reichspräsident an den Veranstaltungen teil. Die Not der Zeit und besonders die erschwerenden Verkehrsverhältnisse haben diesmal auf das Unternehmen hemmend gewirkt. Immerhin nahmen alle Veranstaltungen vom 7. bis 14. Oktober einen befriedigenden Verlauf. Von den Theaterveranstaltungen unter Leitung des neuen Intendanten Brodmann ist besonders erwähnenswert eine sehr charakteristische „Lehr“-Aufführung, zu der Klaus Bringsheim die Musik, Prof. Bötzig die Ausstattung geschaffen hatte. Werner Krauß vom Deutschen Theater in Berlin gab mit erschütternder Tragik den Lear. Strindbergs „Gespenster“-Sonate, Hauptmanns „Jungfern vom Bischofsberg“ und Hofmannsthal's „Jedermann“ waren in sauberen Ausführungen vorgetragen. Dazu „Eugen Onegin“ mit Hertha Stolzenberg von der Charlottenburger Oper, „Fidelio“ mit Melanie Kurth und die „Reisterfinger“ mit dem schwedischen Tenor Björn Tolén als Stolz. Die Konzertveranstaltungen waren ausschließlich dem Andenken Max Regers gewidmet, zu dessen 50. Geburtstag sich in Kiel eine „Reger-Gesellschaft“ bildete. Mit einer besonderen Konzertveranstaltung warteten die Arbeiterkämpfer auf. Unter Leitung des Operndirektors Richard Richter sang der „Chor-Berein“ Wolff-Ferraris „Neues Leben“ nach Worten Dantes. Die vor mehreren Jahren in Kiel gebildete „Niederdeutsche Bühne“, die von dem Germanisten Prof. Mansing geleitet wird, gab tüchtige Proben ihrer Lebensfähigkeit. Ergänzt wurde das künstlerische Programm durch eine Reihe ausserordentlich wissenschaftlicher Vorträge, von denen wohl der des bekannten Hamburger Städtebauers Prof. Fritz Schumacher über „Die bauliche Organisation der großen Stadt“ den tiefsten Eindruck hinterließ. Man kann sich schwer an den Gedanken gewöhnen, daß diese bedeutenden Kulturveranstaltungen infolge der Not der Zeit in Zukunft unmöglich gemacht sein sollten.

Pädagogische Erneuerung. Die Hoffnungen der Anhänger einer völligen Neugestaltung unseres Schulwesens sind längst wieder zerfallen. In den Ideen Schulhallen brüht bei stumpfsinnigem Pausbetrieb die Reaktion, und auch die Schulbehörden schlummern meist noch tief und gehen jeder Neuschöpfung, jedem Schöpfertum aus dem Wege. Noch immer werden die Verfechter einer „neuen Erziehung“ als gefährliche Umstürzler und unwissenschaftliche Neuerer peremptorisch abgelehnt. Da ist es besonders zu begrüßen, daß der „Bund entschiedener Schullehrer“ noch in diesem Monat „Pädagogische Hochschulkurse“ ins Leben rufen will, um den Angreifern einmal deutlich zu zeigen, daß die Ziele der neuen Bewegung sich nicht in leerer Agitation und Bernennung erschöpfen und daß mit dem Rüstzeug einer wissenschaftlich vertieften Pädagogik Theorie und Praxis der neuen Schulverfasser der Welt vor Augen geführt werden. Führende Männer auf dem Gebiete der neuen Erziehung werden über ihre Bestrebungen sprechen und ihre Werk in Bild und Wort aufzeigen. Alle Schularien sind vertreten, die Vorträge werden durch praktische Kurse ergänzt, die Probleme der modernen Pädagogik gelangen zur Erörterung.

Das Programm dieser Hochschulkurse, zu dessen Durchführung ungeheurer Bogen- und Opfermut der Veranstalter erforderlich ist, geht weit über das hinaus, was heute die jüngste Hochschulpädagogik oder gar das staatslich unterstützte Schulwesen zu bieten vermag. Hier wird, das kann schon jetzt ausgesprochen werden, wirkliche Kulturarbeit in Angriff genommen. Jeder Freund der Jugend und der Schulreform, jeder Volksgenosse muß dieser Arbeit Aufmerksamkeit und Teilnahme zuwenden!

(Karten zu 10 Goldpfennigen für jeden Vortrag in der „Werkfreude“, Magdeburger Str. 7, oder im Werner-Stiemens-Realgymnasium, Hohenstaufenstr. 47/48.)

Ein Brot-Unruhen-Roman. Von Alfons Bort: „Es ist schon alles dagewesen“ findet auch auf volkswirtschaftlichem Gebiet seine Anwendung. Vor zwei Renfusenaltern erregten die hohen Kornpreise in England „Brotunruhen“, bis das Schutzollsystem zusammenbrach. Heute wirt bei uns der schlechte Stand der Valuta ebenso verheerend. Als man nun in diesem Jahrhundert in England wieder mit dem Schutzoll liebäugelte, handte ein englischer Schriftsteller Boe Strachey eine Warnung in Form eines politischen Romans heraus, den er „Die großen Brotunruhen“ betitelte. Er schilderte Verhältnisse aus dem Jahre 19. aus einer Zeit, wo die Schutzollner die Macht an sich gerissen haben. Dem Volk hatten sie vermehrte Arbeitsgelegenheit und bessere Bezahlung vorgespiegelt — das Gegenteil war eingetreten. Die Darbenden und die Arbeitslosen riefen Massenversammlungen ein; man marschierte auf die Ministerien und das Parlament; die Truppen wurden beordert; es gab blutige Zusammenstöße, Häuser gingen in Flammen auf. Erst die dem widerwilligen Ministerium abgepreßten Neuwahlen, die gegen den Schutzoll ausfielen, gaben dem Lande die Ruhe wieder. Ein Buch der Warnung, daß leinzeit gewirkt hat, aber auch heute — leider! — noch gewissermaßen aktuell ist.

Wahl. Anfolge der schmerzlichen Währungsverhältnisse kann der Reichstagswahl für das zweite Reichstagswahljahr am Sonntag, den 22. Oktober, beginnen. — Einzelstimmverlauf von Donnerstag, den 25. Oktober, an.

## Gegen den Belagerungsstand.

Der Parteivorstand hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem militärischen Belagerungsstand und den durch ihn geschaffenen Zuständen in den Einzelstaaten beschäftigt. Er ist einmütig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die schleunige Aufhebung des militärischen Belagerungsstandes notwendig ist, um im Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen.

## Die Forderungen der Arbeiter.

Kiel, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht) In der Funktionärerversammlung der SPD. Groß-Kiel, an der etwa 1000 politische und gewerkschaftliche Vertrauensleute teilnahmen, wurde nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Eggerstedt die folgende Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen:

Die SPD. von Groß-Kiel erkenne an, daß gewichtige Schritte für das Verbleiben in der großen Koalition vorliegen. Sie erwartet vom Ermächtigungsgesetz:

1. Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeiterschaft durch Sicherstellung der Ernährung.
2. Bekämpfung der Preisdiktatur der Kartelle und Syndikate.
3. beschleunigte Einziehung der wertbeständigen Steuern.
4. Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels.

Die SPD. von Groß-Kiel fordert von Partei und Gewerkschaften, daß sie den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitstag und eine gerechtere Entlohnung der Arbeiterschaft mit aller Energie führen und sich für die Aufhebung des militärischen Ausnahmegesetzes einsetzen.

Wehr denn je ist in der Zeit des konzernistischen Angriffs von Schwerindustrie und Großgrundbesitz die Geschlossenheit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erforderlich. Die SPD. von Groß-Kiel erwartet, daß sich jedes Parteimitglied hinter die gefassten Beschlüsse stellt.

Mit allen gegen wenige Stimmen abgelehnt wurde der folgende Antrag:

Die Funktionäre der SPD. Groß-Kiels billigen nicht die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage der letzten Regierungsbildung und des Ermächtigungsgesetzes.

## Deutschland und der belgische Plan.

Paris, 16. Oktober. (C.) Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ sucht die Auffassung, als hätten die technischen Studien der belgischen Regierung zur Reparationsfrage bereits die Billigung der Reichsregierung gefunden, durch folgende angeblich authentische Darstellung zu widerlegen: Vor einiger Zeit habe der belgische Botschafter in Berlin, Graf de la Falck, dem Staatssekretär von Rathhahn einen Besuch abgestattet, und bei dieser Gelegenheit habe ihm der Staatssekretär erklärt, daß der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die technischen Studien interessant gefunden habe. Gewisse Einnahmequellen des Reiches könnten tatsächlich entsprechend der belgischen Anregung für Reparationszahlungen in Anspruch genommen werden. Andererseits seien andere Einnahmequellen viel zu hoch eingeschätzt und könnten dementsprechend nicht zu den von Belgien gedachten Zwecken herangezogen werden. Demgegenüber werde jetzt in Brüssel erklärt, daß Äußerungen des früheren Reichsfinanzministers ohne Bedeutung seien. Von Wichtigkeit wäre es möglich, zu erfahren, was die Reichsregierung zu den belgischen Vorschlägen sage (soll wohl heißen: jetzt sage. Red. des „Temp.“). Sollte die Reichsregierung einen Teil der belgischen Anregungen annehmbar finden und würde die Reparationskommission andere Teile, wenn auch mit teilweisen Abänderungen der belgischen Vorschläge aufgreifen, so würde sich hieraus ein Ganzes ergeben, das die Reichsregierung unbeschadet (?) anzunehmen haben werde.

Die belgischen technischen Studien sind schon deshalb beachtenswert, weil sie gewissermaßen den ersten Versuch eines konkreten Reparationsplanes der Gegenseite bilden. Die hier wiedergegebenen Äußerungen des Staatssekretärs von Rathhahn dürften wohl zutreffen. Tatsächlich sind die belgischen Monopolpläne zu Teil durchaus brauchbar, während sie zum anderen Teil auf viel zu optimistischen Schätzungen beruhen. Das dürfte die Auffassung nicht nur Hilferdings, sondern auch der jetzigen Reichsregierung sein. Wir sehen nicht ein, aus welchem Grunde das Reichsministerium keine Stellungnahme zu den belgischen Plänen nicht offiziell bekanntgeben sollte, vielleicht in der Form einer Denkschrift an die Reparationskommission, zumal letztere den Auftrag erhalten hat, sich mit den belgischen Plänen zu befassen.

Dieser Beschluß ist übrigens von der französischen Nationalversammlung mit sichtbarem Unbehagen registriert worden, und die obige „Temps“-Meldung bildet anscheinend ebenfalls einen Versuch, die Aussichten der belgischen Vorschläge als gering erscheinen zu lassen. Das allein sollte schon für die Reichsregierung Grund genug sein, aktiv in die Dinge einzugreifen und ihre Aussichten über den belgischen Plan der Reparationskommission zu übermitteln. Das ist jedenfalls der richtige Weg, um einem neuen Diktat vorzubeugen, das man dann „unbeschadet“ zu unterschreiben hätte.

	17. Oktober		16. Oktober	
	Rücker- (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Rücker- (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländ. Gulden	2163400000	2173400000	1308000000	1604000000
1 argent. Van-Belo	1755800000	0791400000	12987500000	13308250000
1 belgischer Franc	2012400000	2927300000	2184005000	2145035000
1 norweg. Krone	849870000	8541300000	8284250000	8315750000
1 dänische Krone	0976750000	0724250000	7182000000	7214000000
1 schwedische Krone	14508850000	14756850000	10788100000	10788000000
1 finnische Mark	—	—	1087275000	1092725000
1 japanischer Yen	—	—	1993000000	2005000000
1 italienische Lira	—	—	1847375000	1851625000
1 Pfund Sterling	24037500000	23062500000	18453750000	18448250000
1 Dollar	5886150000	5513750000	4087750000	4210250000
1 französ. Franc	3381650000	3348350000	2583500000	2606500000
1 brasilian. Milreis	—	—	8790000000	8801500000
1 Schweizer Franc	0969575000	0914250000	7801700000	7893800000
1 spanische Pieta	7481250000	7518750000	5538125000	5568175000
1 österr. Kr. (alt.)	—	—	57047	57049
1 tschechische Krone	—	—	1249875000	1258125000
1 ungarische Krone	—	—	219450	220350
1 bulgarische Lewo	—	—	88000000	40140000
1 jugoslaw. Dinar	—	—	453787500	483218500

## Kleinrentnermesse.

Der Menschheit ganzer Jammer packt einen an, wenn man die Kleinrentnermesse im Charlottenburger Rathaus besucht. Auf langen Tischen sind die mannigfaltigen und unterschiedlichsten Gerätschaften ausgedehnt. Den meisten Verkäuferinnen sind die Gesichter von der Sorge gefurcht, aber tapfer nehmen alle diese Menschen immer und immer wieder den Kampf mit dem Dasein auf. Vielen ist es wohl schwer ums Herz, lieberraus Gegenstände, meist Armleuchtigkeiten, verkaufen zu müssen, doch der Zwang der Not ist ein eiserner. Und was wird denn zum Kauf angeboten?

Zeitweise sehr gutes Porzellan, ganz gleich, ob es sich um Tassen oder Geschirr handelt. Feiner Messer und Gabel, Schube, Lederwaren und Wirtchaftsartikel. Sodann Handarbeiten in reichster Auswahl. Sie sind im Gesamtdruck meistens überholt. Bei gebrauchten und gestrickten Arbeiten mag das immerhin dem Verkauf nicht entgegenstehen, bei gestrickten jedoch ist das solche eigene Sache. Denn wer heutzutage noch Geld hat, Handarbeiten kaufen zu können, dessen Augen sind meistens auf modische Artikel eingestellt. Der liebt mehr den kunstgewerblichen Einschlag und nicht die mühsame Arbeit der braven Hausfrau. Des- und Aquoremalereien schreien ihnen bunt und laut an. Kenner werden sie nicht kaufen. Unendlich groß ist die Sammlung von Antiken-artikeln. Es sind dort versammelt Ansichten aus den Parzälern, ein kleines Holzstapel aus Vethlehem u. dgl. m. Für den Besitzer mögen sie von unschätzbarem Wert sein, unvergängliche Erinnerungen tragen und einem anderen Menschen, der schätzenswert kaufkräftig ist, sagen sie höchstwahrscheinlich nichts. Kriegsdenkmäler kann man auch aufkaufen, selbst solche von 1870-71 noch und zwar in Bild und Schrift. So kann man sich u. a. Wilhelm I. als Vorkämpfer an's Fenster hängen. Zudem gibt's christliche Sprüche, christliche Bilder und christliche Spruchlärchen. Fragt man: „Haben Sie Goldpreisberechnung?“ Dann wird einem geantwortet: „Ich habe es schätzen lassen, ich habe jegliche Berechnung verloren.“ Ja, jegliche Berechnung verloren, das ist der Stempel unserer Zeit und auch der Gesamtausdruck dieser Kleinrentnermesse.

## Ermordung eines Kindes.

### Entschleide Rache eines verarmten Liebhabers.

Ein schauerhaftes Verbrechen ist gestern in dem Hause Dudenroderstraße 5 verübt worden. Hier hat ein gewisser Heinrich Schaper aus Hannover die 7 Jahre alte Tochter Lucie der Witwe Antonie Conrad ermordet, um sich an ihrer Mutter zu rächen, weil sie seine Liebesanträge abwies. Schaper ist ein 31-jähriger Mann, 1,65 Meter groß, schmächtig und hat eine Glatze und in der Nähe der linken Schläfe eine Narbe von einem Schlag, den er im Feld erhielt. Sein Gang ist schwerfällig, weil er Plattfüße hat, die er stark nach auswärts legt. Der Täter ist lässig und zur Stunde noch nicht ermittelt. Auf seine Ergreifung ist eine hohe Belohnung ausgelegt.

Frau Conrad wohnt mit ihrem Töchterchen seit 5 Jahren im 3. Stock des Hauses. Sie ist tagsüber in einem Bureau beschäftigt und erwirbt so den Lebensunterhalt. Bei ihr wohnte seit Jahren Schaper in einer kleinen Kammer, die die Wohnung außer zwei Stuben und Küche enthält. Schaper stellte der Frau wiederholt die Zumutung, mit ihm ein Liebesverhältnis einzugehen, wurde aber stets abgewiesen. Als er immer zudringlicher wurde, versuchte die Frau wiederholt, mit Hilfe des Mieteinigungsamtes ihn aus der Wohnung hinauszubringen, um seinen Belästigungen zu entgehen. Nach mehreren Kündigungen erreichte sie es, daß er am 15. Oktober räumen sollte. Schaper traf dazu jedoch nicht die geringste Anstalt. Deutlich schreibt Frau Conrad zur Selbsthilfe, indem sie die Sachen aus der Kammer herausnahm. Darüber kam es am Montag, dem Räumungstage, zu einem Streit. Auf Anraten des Hausverwalters einigte man sich dahin, daß die Wirtin einige wenige Sachen in die Kammer zurückbrachte, um es dem Mieter zu ermöglichen, noch eine Nacht dazubleiben, u. a. eine Sofalette, auf der er schlafen sollte. Die Schlüssel behielt Schaper noch. Gestern morgen machte Frau Conrad, bevor sie nach ihrer Arbeitsstelle ging, wie immer ihr Töchterchen zum Schulweg fertig. Gestern abend wunderte sich die Frau, daß es ihr bei der Heimkehr nicht wie sonst entgegengesprungen kam. Sie fand es auch nicht in der Wohnung. Als sie nun die verschlossene Kammer des Mieters öffnete, bot sich ihr ein schreckliches Anblick. Auf der Lehne des Sofas lag die Kleine in einer großen Blutschlache mit zertrümmertem Schädel tot da. Die Feststellungen der sofort herbeigerufenen Mordkommission ergaben, daß der Mörder über die Kleine hergefallen war, während sie in der Küche dabei war, die Schuhe anzuziehen. Schaper hatte vorher bereits geäußert, daß er seiner Wirtin einen Denksattel geben werde, weil sie ihn verarmt habe. Diese Drohung hatte er jetzt in der entsetzlichen Weise wahrgemacht, indem er das Kind, an dem die Mutter mit ihrer ganzen Liebe hing, ermordete. Nach dem Befund, den der Gerichtsarzt Professor Dr. Storch und die Mordkommission noch spät abends feststellten, hat der Mörder das Kind mit einem Schusterhammer, den man mit Blut bedeckt in der Wohnung auffand, vier bis fünf Schläge auf die Stirn und den Vorderkopf verlehrt, die den Schädel zertrümmerten und den Tod herbeiführten. Dann schloß er die Tür ab, nahm einige Sachen an sich und ging davon. Kurz nach 7 Uhr hörten die Leute die Kleine laut schreien und vernahmen auch ein Schreien über den Fußboden. Niemand aber kümmerte sich darum, weil man annahm, daß das Kind von der Mutter Schlaflos bekommen habe. Um 2 Uhr sah man, daß Schaper mit einem Paket des Hausverwalters die Mordkommission sich den Täter durch den Erkennungsdiens phantastisch feststellen und traf sofort alle Maßnahmen zur Verfolgung des lässigen Mörders.

## Das unmögliche Kleingeld.

Das Landesfinanzamt hat folgendes bekannt: Bei Entrichtung der Steuern ist in den Kassen eine Verzögerung der Abfertigung vielfach dadurch verursacht, daß manche Steuerpflichtige nicht mit möglichst großen Geldscheinen behalt haben, sondern mit kleinen Scheinen, die nicht einmal überschüssig sortiert und gebündelt waren. In solchen Fällen kann künftig, wenn einer Anordnung des Reichsfinanzministeriums, nicht auf sofortige Abfertigung berechnet werden, vielmehr muß das übrige Publikum normal abgefertigt werden.

Diese Verordnung des Reichsfinanzministeriums wird wieder einmal bei allen denen Betroffenen sehr vielen Verdruß auslösen. Das Reichsfinanzministerium könnte im Interesse dafür sorgen, daß die kleinen und kleinsten Scheine über die Finanzämter beschleunigt aus dem Verkehr, den sie sehr belasten, verschwinden.

## Die Mieteinigungsämter tagen nicht.

Das Städtische Zentralkomitee für Wohnungswesen schreibt uns zu der Notiz in Nr. 474 des „Vorwärts“: „Entgegen den dortigen Ausführungen dürfen die Vorstehenden ohne Befehl Termine abhalten und Entschleideungen treffen. Die Ausführungsverordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt zum Gesetz über Mieterrecht und Mieteinigungsämter bestimmt in § 7 ausdrücklich, daß der Vorstehende allein eine Entschleideung treffen kann, wenn eine solche sofort möglich ist und die Beteiligten es beantragen. Auf diese Ermächtigung hat der Magistrat durch Bekanntmachung im Gemeindeblatt und durch besondere Rundverfügung an die Bezirksämter hingewiesen, weil er glaubte, im Interesse des rechtlich schützenden Publikums es nicht verantworten zu können, wenn vom 1. Oktober ab das Mieteinigungsamt seine Tätigkeit

völlig einstellte. Es trifft weiter nicht zu, daß sich die Vorstehenden dieser Auffassung des Magistrats nicht angeschlossen hätten. Ganz abgesehen davon, daß es sich hier gar nicht um eine „Anschleidefrage“, sondern um eine klare Rechtsvorschrift handelt, haben sämtliche Abteilungen des Mieteinigungsamtes mit dem 1. Oktober ihre Tätigkeit nicht aufgegeben, sondern Termine per einem Vorstehenden ohne Befehl anberaunt. Soweit uns bisher bekannt geworden ist, haben sich bei dieser rechtlich zulässigen Verfahrensweise Unzulänglichkeiten nicht ergeben, vielmehr ist zu beobachten, daß die Parteien, auch ohne daß Befehl mitwirkten, fast in allen Fällen die Entschleideung durch den Vorstehenden allein beantragen.“

## Die gestrigen Hungerkrawalle.

### Darstellungen der Erwerbslosen und des Magistrats.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Erwerbslosen Groß-Berlins bittet uns in Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen über die Vorgänge vor dem Rathaus um Berücksichtigung der folgenden Zeilen:

Am 10. Uhr vormittags begaben sich die Mitglieder des Zentralausschusses der Erwerbslosen Groß-Berlins ins Rathaus, um mit dem Magistrat über die Forderung der Erwerbslosen zu verhandeln. Dieser Schritt war notwendig, um die Erwerbslosen, die durch den Bescheid der Bezirksämter, ohne Anweisung nichts zu bewilligen, und durch ihre furchtbare Not zu verzweifelten Plünderungsaktionen getrieben wurden, hieron zurückzuführen. Die Erwerbslosen, die vor dem Rathaus erschienen waren, um das Verhandlungsergebnis entgegenzunehmen, verhielten sich vollkommen ruhig. Um 11 Uhr wurden die Schupo-beamten, deren Besonnenheit bis dahin anzuerkennen war, von einem Polizeileutnant zum Gebrauch der Waffen gezwungen. Wir konnten leider den Namen dieses völlig ungeeigneten Polizeioffiziers nicht feststellen, der folgende Blutopfer auf sein Gewissen hat: 2 Tote, 5 Leichtverletzte. (Nach der gestrigen veröffentlichten amtlichen Darstellung sind bei den Vorgängen keine Toten zu beklagen gewesen. Auch handelt es sich anscheinend nur um drei Verletzte. D. Red.) Nicht minder schuldig ist der Oberbürgermeister Böß, der das Verlangen der Erwerbslosenvertreter, die Schupo zurückziehen zu lassen, nicht berücksichtigte, um dann selbst die Verantwortung für den ruhigen Verlauf der Demonstration zu übernehmen. Wir konnten bisher folgende Namen der Opfer feststellen: Richard Kühne, Selchomer Straße, Oberschönefeld; Wilhelm Zieh, Neufölln, Bodestraße 11, Lungenbeschlag; Paul Kobatsch, Kaiserstraße 24. Durch die unnütze Polizeireaktion des Majors Streder wurden ferner circa 40 Verhaftungen vorgenommen. Unsere Verhandlungen mit den Magistratsvertretern wurden ergebnislos abgebrochen, da der Oberbürgermeister keinerlei Zugeständnisse machte.

Der Magistrat Berlin teilt dazu mit: Der Geschäftsführende Ausschuss der Erwerbslosen Groß-Berlins versendet einen Bericht über die Vorgänge, welche mit dem gestrigen Erscheinen von Erwerbslosen vor dem Berliner Rathaus in Zusammenhang stehen. Hierin wird gesagt, daß die Verhandlungen des Ausschusses mit den Magistratsvertretern ergebnislos abgebrochen worden seien, weil der Oberbürgermeister keinerlei Zugeständnisse machen konnte, daß die unerträgliche Lage der Erwerbslosen erleichtert wird. Hierzu ist festzustellen, daß Oberbürgermeister Böß ausdrücklich und ausführlich auf die zur Abstellung der Not in Berlin getroffenen Maßnahmen eingegangen ist, die die außerdem schon gestern durch den städtischen Nachrichtendienst eine Zusammenstellung der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Die Verhandlungen verliefen vielmehr ergebnislos, weil die erschienenen Mitglieder des Ausschusses an die Magistratsvertreter die Forderung richteten, sich auf der Straße mit beruhigenden Ansprüchen an die verarmten Erwerbslosen zu wenden. Dieser Forderung konnte nicht entsprochen werden, weil eine solche Anrede wegen des Verkehrs und bei der vielföpfigen Versammlung keinen wirklichen Erfolg versprach. Der Bericht des Ausschusses behauptet ferner ein Verschleiden des Oberbürgermeisters Böß an den vorgelommenen Verletzungen von Personen, weil er das Verlangen der Erwerbslosenvertreter, die Schupo zurückziehen zu lassen, abgelehnt habe. Der Oberbürgermeister hat auf dieses geäußerte Verlangen darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Sache der Staatsgewalt und des Polizeipräsidenten sei. Der Abbruch der Verhandlungen ist seitens des Ausschusses erfolgt, obwohl die Magistratsvertreter ausdrücklich bereit waren, die von dem Ausschuss vorgebrachten Forderungen mit den anwesenden Vertretern zu besprechen. Der Magistrat wird sich in seiner heutigen Sitzung mit diesen Forderungen beschäftigen und das Ergebnis sofort bekanntgeben.

Die letzte Nacht ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Polizei hat, da weitere Plünderungen zu befürchten waren, einen verstärkten Patrouillendienst eingerichtet, auch verkehrten Streifenautos, besonders in den Außenbezirken; doch läßt sich zusammenfassend sagen, daß Verarmungen von Geschäften oder Zusammenstöße mit den Sicherheitsorganen bis heute morgen nicht vorgekommen sind. — In den Markthallen war das Geschäft heute Morgen sehr ruhig. Sehr viele Händler hatten die Stände überhaupt nicht geöffnet, aus Furcht, daß die Plünderungen sich heute wiederholen könnten.

Amlich wird gemeldet: Die gestrigen Kundgebungen der Arbeitslosen vor dem Berliner Rathaus führten zur polizeilichen Festnahme von 84 Personen. Diese sind am gestrigen Morgen von der Politischen Polizei vernommen und sodann zum größten Teil (77 an der Zahl) wegen Landfriedensbruch, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot dem Richter vorgeführt worden.

Stadtbahnfahrt ab morgen 50 Millionen. Im Berliner Stadt-Ring- und Vorortverkehr wird der Mindestpreis der Einzelfahrt vom 18. Oktober ab auf 50 Millionen Mark in der dritten Klasse und 75 Millionen Mark in der zweiten Klasse festgelegt. Der Zonenabfuhr beträgt in der dritten und zweiten Klasse 15 Millionen und 25 Millionen Mark.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer nächsten Sitzung (Donnerstag, 4. Uhr) eine wichtige Entscheidung zu treffen. Sie wird über die Aenderung der Organisationsform der städtischen Werke in zweiter Lesung beraten und dann Beschluß fassen. Für dieselbe Sitzung ist der Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion eingebracht, der die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes für Berlin fordert.

Gemeinschaft proletarischer Musikfreunde. Das am 7. Oktober in der „Völkervorhalle“ stattgehabte Konzert wird am Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshagen, Am Reichshaus 16/22, wiederholt. Karten bei Horsch, Engelstraße 24/25, und an der Abendhalle.

Arbeiter-Winterport-Interessengemeinschaft (Wol). Der 611. Trodenkursus in Neudölln muß wegen der hohen Collemiete ausfallen. Der Koabitier Kursus wird bestimmt am Dienstag abgehalten.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Allgemein mild, überwiegend bewölkt aber veränderlich, keine erheblichen Niederschläge bei mäßigen westlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Einheitspartei-Gemeinschaft der sog. Beamten und Lehrer Groß-Berlins! Treffen, den 19. Okt. abends 7 Uhr, wichtige Sitzung der Parteivorstandsgemeinschaft im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 25, Saal 1. Einmündige Kreisverbände und Ortsvereine der Parteivorstandsgemeinschaft müssen erscheinen.

77. Abt. Donnerstag, 7 Uhr: Kommunale Kommission Wohlfahrtsamt Nigens Straße 103, Zimmer 30.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitszeit in öffentlichen Betrieben.

In der in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichten Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums über den Inhalt des neuen Arbeitszeitgesetzes heißt es u. a.:

„Für Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts steht die Ausübung der von den Behörden übertragenen Befugnisse per vorgelegten Dienstbehörde zu.“

Wenn es überhaupt einen Sinn haben soll, geeigneten Behörden die Übertragung und Regelung der Durchführung dieses Gesetzes zu übertragen, so kann es doch nur der sein, daß die Behörden als objektive Organe dort eingreifen, wo die Gefahr besteht, daß aus einer einseitigen Befugnis des Arbeitgebers dem Interessenstreit über die Arbeitszeit neue Nahrung zugeführt werden könnte. Diese Behörden übernehmen die Rolle eines ausgleichenden Regulators zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Wirkung der behördlichen Befugnis wird jedoch vollständig aufgehoben, wenn die Aufgaben und Rechte der Behörde dem Arbeitgeber übertragen werden. Wir haben bei einer anderen Gelegenheit dargestellt, zu welchen unsinnigen Zuständen es führen muß, wenn die Behörde, die dem Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben als Arbeitgeber gegenübersteht, ihr eigener Gesetzgeber im Schlichtungswesen ist.

Was im Schlichtungswesen schon höchst unangenehm empfunden wird, ist in der heiklen Frage der Arbeitszeit einfach unerträglich. Die Arbeiterklasse hat zu den Behörden, deren besondere Aufgabe es ist, in arbeitsrechtlichen Dingen regulierend einzugreifen, vielen Enttäuschungen zum Trotz nur deswegen immer noch ein gewisses Vertrauen, weil sie von ihnen eine Würdigung auch ihrer Interessen und Bedürfnisse immerhin eher erwarten kann, als von dem privaten Arbeitgeber. Dieses Vertrauen kann die Arbeiterschaft aber nicht haben zu einer Behörde, die zugleich Arbeitgeber ist, zumal sie die Macht, die ihnen mit derartigen gesetzlichen Bestimmungen, wie der Gesetzeskraft an der erwähnten Stelle vorliegt, nur zu ihrem Vorteil als Arbeitgeber auszunutzen.

Die geplante Bestimmung stellt sich außerdem dar als eine Ausnahmeregelung gegen die Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben, die dadurch der Unterstützung durch die Behörden, die den Arbeitnehmern in der Industrie im Streitfall und Streitfälle doch noch zur Verfügung stehen, beraubt werden sollen. Statt diesen äußerst gefährlichen Weg zu beschreiten, sollte bei dieser Gelegenheit endlich gebrochen werden mit der aus der Staatsgewalt und Gesetzgebung der wilhelminischen Epoche herübergenommenen Auffassung, daß Behörden, die zugleich Arbeitgeber sind, in arbeitsrechtlichen Dingen nicht noch einmal der Aufsicht anderer Behörden unterworfen werden dürfen, denn gerade bei dieser Sorte von Arbeitgebern wäre eine solche Aufsicht häufig am dringlichsten. Die von dem Gesetzesentwurf geplante Regelung macht die Neuordnung der Arbeitszeit für die Gewerkschaften der Staats- und Reichsarbeiter einfach unerträglich.

## Produktive Erwerbslosenfürsorge — in England.

Der Arbeitsminister Barlow legte in einer Rede in London über die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, daß die von der Regierung vorgesehenen Ausgaben 14 Millionen Pfund für das Wege- und Brückenbauprogramm, 10 Millionen Pfund für den Ausbau, betreffend Unterstützung der Arbeitslosen, 12 Millionen für Erleichterungen des Handels und 10 bis 15 Millionen für die Eisenbahngesellschaften einschließen. Die neuen Ausgaben würden wahrscheinlich die Summe von 50 Millionen Pfund noch beträchtlich überschreiten.

## Zugung des Internationalen Arbeitsamts.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts wurde zunächst die Aussprache der Arbeitnehmergruppe, betreffend die Koalitionsfreiheit, zu Ende geführt. Der Direktor des Arbeitsamts wurde beauftragt, eine internationale Erhebung über die praktische Auswirkung der Koalitionsfreiheit anzustellen, um dem Verwaltungsrat einen Bericht darüber zu unterbreiten. Dieser Bericht soll eine Zusammenfassung der einschlägigen Gesetze enthalten, sowie Einzelheiten über ihre Anwendung in der Praxis und Rechtsprechung.

Da die italienische Regierung kürzlich den Beschluß gefaßt hatte, eine internationale Konferenz zur Besprechung der Auswanderungsfragen einzuberufen, waren Befürchtungen laut geworden, daß dadurch in die Kompetenz der internationalen Arbeiterorganisationen eingegriffen würde. Der italienische Regierungsvertreter zerstreute diese Befürchtung durch die Erklärung, daß es sich nur um eine technische Konferenz handeln soll, die in keiner Weise die Zuständigkeit der internationalen Arbeitskonferenz bei der Lösung der dabei auftauchenden Probleme in Frage stelle.

In der Nachmittags Sitzung nahm der Verwaltungsrat die Neuwahl des Vorstandes vor. Es wurde auf Vorschlag des englischen Regierungsvertreters Arthur Fontaine (Frankreich) zum Vorsitzenden wiedergewählt. Ebenso wurde das Mandat der beiden Vizepräsidenten Charlier (Belgien, Arbeitgeber) und Duda-

geest-Holland (Arbeitnehmer) erneuert. Danach führte der Verwaltungsrat die allgemeine Aussprache über den Bericht des Direktors zu Ende und beschloß sich mit den Vorbereitungsarbeiten für die internationale Arbeitskonferenz, die am Montag, den 22. Oktober, in Genf eröffnet werden soll.

## Zusammenarbeit englischer und deutscher Verbände.

In den letzten Jahren hat sich in England ein Zusammenhelfen der Angestelltenverbände vollzogen, der sowohl hinsichtlich der Organisationsgrundsätze als auch des sozialen Programms den Auffassungen des deutschen IFA-Bundes entspricht. Ueber die erste Zusammenkunft dieser beiden Großorganisationen Englands und Deutschlands wird uns berichtet:

Die Vertreter der beiden großen Föderationen der Angestellten aus England und Deutschland (The National Federation of Professional, Technical, Administrative & Supervisory Workers und der deutsche IFA-Bund) haben sich am 15. Oktober in Amsterdam mit dem Internationalen Bund der Privatangestellten getroffen, um sich über die Lage der Angestellten und die beste Organisationsform auszusprechen. In dieser Aussprache, an der G. Lohman und W. C. Reag von der englischen Föderation, Aufhäuser und Urban vom deutschen IFA-Bund, sowie Smith, der Generalsekretär des Internationalen Bundes der Privatangestellten teilgenommen haben, wurde im allgemeinen eine volle Übereinstimmung erzielt. In den beiden Ländern sind von den Föderationen der Kopfarbeiter und den Gewerkschaftsverbänden der Handarbeiter organisatorische Verbindungen hergestellt worden. Es war die Auffassung der Teilnehmer in der Aussprache, daß diese Solidarität der Kopf- und Handarbeiter geeignet ist, allen Arbeitnehmern zu helfen. Ebenso war man von der Notwendigkeit einer internationalen Verbindung derselben Art überzeugt.

## Lohnaufwertung im Baugewerbe.

Von den baugewerblichen Arbeitnehmerverbänden wird uns geschrieben:

Geführt auf das Wertbeständigkeitsabkommen im Berliner Hoch- und Tief- und Betonbaugewerbe mußte der Stundenlohn für die Woche vom 6. bis 12. Oktober an der Hand des am Donnerstag, den 11. Oktober, veröffentlichten Index in Höhe von 170 Proz. errechnet werden. Schon in den nächsten Stunden zeigte sich, daß die getroffene Vereinbarung bei weitem nicht der heutigen Teuerung entspricht. In Anbetracht dessen haben sich die Vertreter der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände schon am letzten Sonntag abends versammelt, um sich über die Lohnbestimmungen zu beraten, bei den Vertretern der Arbeitgeberverbände vorstellbar zu werden. Von den Arbeitnehmervertretern wurde nachdrücklich gefordert, daß auf die bereits vereinbarte Höhe unter allen Umständen eine Nachzahlung zu erfolgen hat. Außerdem wurde verlangt, daß der für Freitag, den 19. Oktober, an die Arbeiter zu schickende Vorlauf in Höhe von 3,5 Milliarden erhöht wird. Unsere Bemühungen waren infolgedessen von Erfolg, als man sich bereit erklärte, den Firmen Anweisung zu geben, daß am Freitag, den 19. dieses Monats, ein Vorlauf von 5,2 Milliarden Mark zur Auszahlung gelangt. Ein nochmaliges Bestellen am Dienstag, den 18. Oktober, ergab die Bereitstellung eines weiteren Vorlaufes zu zahlen. Voraussichtlich wird als Ausgleich ein Teil des Vorlaufes für die zurückkommende Woche als Abschluß angeboten werden. Die Verhandlungen sind morgen, Donnerstag, den 18. Oktober, fort. Die Arbeitnehmervertreter werden es sich anstrengen lassen, ihr Bestes zu tun und werden wir über das Ergebnis der Verhandlungen an dieser Stelle Bericht erstatten.

## Aus der Zahnklinik des Gewerkskrankenvereins.

Vom Verband angestellter Zahnärzte, Dentisten und Dentistinnen wird uns u. a. mitgeteilt:

„Ein jeder wird wohl annehmen, daß in einem solchen Institut, wie in der Zahnklinik des Gewerkskrankenvereins zweifellos besteht, die Behandlung der Angestellten in jeder Beziehung auf der Höhe ist. Weit gefehlt! Es ist kaum anzunehmen, daß die Behandlung der Angestellten durch den Oberarzt Herrn Schwarz Paul Zeißke die Billigung des Kassenvorstandes finden kann. Die Patienten müssen sich eine ganz ungebührliche Behandlung gefallen lassen. Klagen, welche sich in den Augen des allgemeinen Herrn Zeißke unbeliebt gemacht haben, werden durch eine Kassepolitik zum Äußersten getrieben, so daß diesem Herrn von einem Assistenten in höchster Erregung ein paar Backpfeifen angeboten wurden. Den Angestellten war schon verboten worden, das mitgebrachte Frühstück zu verzehren, denn „man mühe nicht bezahlen, um zu schlucken, sondern um zu arbeiten“. Herr Zeißke verlangt von zufällig kranken Angestellten, daß sie schleunigst auszurufen haben, wenn „Er“ vorbeikommt. Herr Zeißke, der sich fast ausschließlich als alter Gewerkschaftler bezeichnet, laßt gekündeten Angestellten, die um Einführung einer verkürzten Arbeitszeit bitten: „Sie bekommen ja viel mehr Erwerbslosenunterstützung, als wenn Sie bei uns nur einen halben Tag arbeiten!“

Die Notlage der Krankenkassen und ihrer Institute ist bekannt. In vielen Zahnkassen wird verkürzt gearbeitet. Die Leiter der Kassen arbeiten durcheinander genau so wie jeder andere Assistent. Nur in der Zahnklinik des Gewerkskrankenvereins ist ein Leiter erforderlich, welcher sein Augenmerk darauf richtet, das Personal zu schüt-

tern und im übrigen täglich kaum eine Stunde produktive Arbeit leisten. Diesen Posten kann ebenso gut ein vollbeschäftigter Assistent nebenbei ausfüllen. Die Deffektivität wird es besonders interessieren, daß Herr Zeißke neben seinem Posten als Oberarzt (Gebalt: Gruppe 13 der ABO.) noch eine Privatpraxis besitzt.

Die Angestellten verlangen die Entfernung dieses Herrn. Den Vorteil dürfte nicht zuletzt der Gewerkskrankenverein haben.“

**Rückblick und Ausblick über die russische Gewerkschaftsbewegung von S. Schwarz.** (32 S.) Berlin 1923. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Grundpreis 10 Pf., für Gewerkschaftsmitglieder Grundpreis 10 Pf. (Schlußzahl jeweils 25 Proz. niedriger als die des Buchhandels).

Als fünftes Heft seiner Schriftenreihe hat der Internationale Gewerkschaftsbund die Schrift von S. Schwarz veröffentlicht. Die Schrift bezieht auf den von den Bolschewisten selbst veröffentlichten Daten. Der Verfasser bemüht sich, den besonderen Bedingungen, unter denen sich die russische Gewerkschaftsbewegung seit der Revolution entwickelt hat, ohne Vorurteil gerecht zu werden, verbißt aber auch nicht die sehr bedeutenden Seiten dieser noch bis vor kurzem so gut wie ganz vom Staate subventionierten Gewerkschaften. Sie ist daher eine wertvolle kritische Ergänzung der von der Roten Gewerkschaftsinternationale auf den Markt geworfenen zahllosen Reklamedroschüren.

Die kaufmännischen Angestellten der Damen- und Mädchenwäschereien, Kleider- und Herrenkonfektion, Herren- und Knabenkonfektion und der Herrenwäschereien erhalten auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes heute 100 Proz. des Betrages der Vorwoche anstatt 50 Proz. In den nächsten Tagen wird über unsere Forderungen weiter verhandelt. Anfang nächster Woche wird in einer Versammlung der Angestellten dieser Branchen, die an den Löhnsäusen angekündigt wird, zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen. — In der Speditionsbranche sollen sofort zur Auszahlung kommen: 4 Milliarden an Beihilfen, 3 Milliarden an Bezügen und 1 Milliarde an Lehrlinge und Junggehilfen.

**Kündigungen im Oppau-Werk.** Infolge der Einstellung der Ruhrhilfe ist im Stahlwerk Oppau der Bochumer Union- und Siedlerfabrik, das seit der Besetzung durch die Franzosen stillgelegt, der gesamten Belegschaft gekündigt worden.

**Verband der Österner und Gützerarbeiter.** Gruppe Stadträtin. Donnerstagabend 7 1/2 Uhr. Versammlung im Saal 2 des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelstr. 24/25.

**Deutscher Verkehrsband.** Bezirksverwaltung Groß-Berlin (Deutscher Transportarbeiter-Verband). Donnerstagabend 7 Uhr im Saal 2 des Gewerkschaftshauses, Angelstr. 24/25. Besprechung aller Ortsvereine, Delegierten und Betriebsräte. Anwesenheit und Funktionäre dienen als Legitimation. — Alle Betriebe müssen vertreten sein.

# Wirtschaft

**Goldböse.** Für die Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1923 einschließlich beträgt das Goldzollausgeld 93 599 999 000 vom Hundert (eine Goldzollmarke gleich 936 Millionen Papiermark). Der gleiche Satz gilt für die Goldumrechnung der Reichsbank.

Die unhaltbaren Zustände im Verkehr mit Goldanleihe. Nachdem die Goldanleihe in kurzer Zeit allgemein als provisorisches Zahlungsmittel zugelassen sein soll, hat die Allgemeinheit ein Interesse daran, daß der Verkehr mit diesem Zahlungsmittel möglichst reibungslos und reibungslos erfolgt. Bekanntlich ist der Erwerb von Goldanleihe oft mit Schwierigkeiten verknüpft. Zu welchen Mitteln die Interessenten greifen, um sich über diese Hindernisse hinwegzusetzen, beibringt folgende Mitteilung des Städtischen Stadtkonkordats bezeichnend: Das Städtische Stadtkonkordat liefert an Lägerfabriken, Genossenschaften, Handel und Landwirte Stadtkonkordats in ganzen Bodenbesitzungen gegen Goldanleihe zum Nennwert. Um dem Mangel an Goldanleihekredit zu begegnen, nehmen sämtliche Stellen der Reichsbank Beträge, die zur Bezahlung von Stadtkonkordats sind, an, wandeln sie zum Kurs des Zahlungsmittels um und schreiben die Goldanleihebeträge dem Stadtkonkordats gut. Das Stadtkonkordat wird über die ihm gutgeschriebenen Goldanleihebeträge erst verfügen nach Abwendung des Stadtkonkordats, der wie bisher unmittelbar durch Lägerfabriken, Genossenschaften oder Handel zu bestellen ist. Hierdurch wird es ermöglicht, Papiermarkbeiträge ohne Verlust sofort für Stadtkonkordats wertbeständig anzulegen. Es ist immerhin ersichtlich, daß von einer Anleihe, die auf 500 Millionen Goldmark berechnet war und von der nur etwa 170 Millionen Goldmark untergebracht wurden, noch immer nicht ausreichend Stücke verfügbar sind. Ein anderer Mangel, der demnächst abgestellt werden soll, ist der, daß Erwerb und Veräußerung von Goldanleihekredit bisher nur auf dem Wege über die Börse möglich ist, wobei die Banken nach den neuerdings eingewirkten Stücken sich nicht genug bemühen, die Abwicklung der Aufträge derart zu beschleunigen, wie das bei einem Zahlungsmittel notwendig wäre.

Beizentrale für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Artus Ceteraus; Gewerkschaftsbewegung: J. Schwarz; Revolution: Dr. John Schittowski; Bohlen und Siedler: Fritz Kersch; Sozialismus: H. Glöck; Journalistik in Berlin: Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.; Berlin: Deutscher Bauernverband und Verlagsanstalt Paul Sander u. Co., Berlin S. 68, Lindenstraße 2.

**Drei billige Serientage!**  
**Damen-Ulster**  
Donnerstag / Freitag / Sonnabend  
Serie I Entzückende Flaoschmäntel 6 Milliarden  
Serie II Entzückende Flaoschmäntel 7 „  
Serie III Uebergangsmäntel 7 1/2 „  
Reichhaltiges Lager in Affenhaut, Eskimo, Astrachan sowie verschiedenen Flaoschen. Prima Kammergarnkleider verschiedener Ausführung.  
Kaschel, Reindickendorfer Straße 13 I. Etage kein Laden!

**Marken-Zigaretten**  
Tabak u. Zigarren Garbaly, Halpaus, Constantin, Karmir, Avramikos, Murati, etc. ab und Tagesspr.  
**Arno Geßner**, Tabakwaren-Großhandel, Wertheimstr. 21, Teleph.: Moabit 2114.  
**BÜCHER GESUCHT**  
Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.  
**VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT**  
W. 15, Schöneberg, Str. 7 — Platzburg 214.

**LETTLANDS**  
einzige große deutsche Morgenzeitung  
**Rigische Nachrichten**  
Organ der demokratischen Volkswirtschaftlichen Bewegung  
Vestes Informationsorgan über Volkswirtschaftliche Fragen Lettlands und aller übrigen Randstaaten  
Allwöchentlich. Sonder-Ausgabe über Lettlands Wirtschaft, Handel und Industrie  
Verbreitetes Inserat-Organ  
Redaktion und Expedition: Kleine Königstraße 9, Rigä, Lettland

**Frauenhaar**  
Zahle den höchsten Tagespreis bitte überzeugen Sie sich!  
**F. R. Müller**  
Alexanderstr. 37a, I. Etage an der Kaiserstraße.  
**BESTECKE**  
mit u. ohne Silberauflage. Preisnachwahl, nur billige Preisberechnung  
**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frankl. Allee 202 Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.  
Teleph. Lichtenberg 3322

**Gebrüder Fuhrmann**  
Handelsgesellschaft eingetragene Firma  
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch  
Zahngelisse  
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39  
**Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph**  
Berlin W 50  
besonders kräftig und erfrischend Potsdamerstr. 122

# „Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Aufnahme

- Aachen: Aachen, S. 10, S. 10.
- Augsburg: Aachen, S. 10, S. 10.
- Berlin: Aachen, S. 10, S. 10.
- Bielefeld: Aachen, S. 10, S. 10.
- Bonn: Aachen, S. 10, S. 10.
- Bremen: Aachen, S. 10, S. 10.
- Düsseldorf: Aachen, S. 10, S. 10.
- Erfurt: Aachen, S. 10, S. 10.
- Hamburg: Aachen, S. 10, S. 10.
- Köln: Aachen, S. 10, S. 10.
- Leipzig: Aachen, S. 10, S. 10.
- München: Aachen, S. 10, S. 10.
- Nürnberg: Aachen, S. 10, S. 10.
- Regensburg: Aachen, S. 10, S. 10.
- Saarbrücken: Aachen, S. 10, S. 10.
- Stuttgart: Aachen, S. 10, S. 10.
- Wuppertal: Aachen, S. 10, S. 10.
- Zürich: Aachen, S. 10, S. 10.